



Brüssel, den 26. Februar 2025  
(OR. en)

6575/25

ENER 37  
ENV 102  
COMPET 92  
TRANS 40  
CONSOM 28  
IND 50  
ECOFIN 210

### ÜBERMITTLUNGSVERMERK

---

Absender:	Frau Martine DEPREZ, Direktorin, im Auftrag der Generalsekretärin der Europäischen Kommission
Eingangsdatum:	26. Februar 2025
Empfänger:	Frau Thérèse BLANCHET, Generalsekretärin des Rates der Europäischen Union

---

Nr. Komm.dok.:	COM(2025) 72 final
Betr.:	BERICHT DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN Bericht über die Energiepreise und Energiekosten in Europa

---

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Dokument COM(2025) 72 final.

---

Anl.: COM(2025) 72 final



Brüssel, den 26.2.2025  
COM(2025) 72 final

**BERICHT DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT,  
DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN  
AUSSCHUSS DER REGIONEN**

**Bericht über die Energiepreise und Energiekosten in Europa**

## 1. EINLEITUNG

Die Ausgabe 2024 des Berichts über die Energiepreise und Energiekosten erscheint vor dem Hintergrund einer langen Phase der Turbulenzen, die die globalen und europäischen Energiemärkte seit 2020 prägen. Auf den Rückgang der Energiepreise während der COVID-19-Pandemie folgte von Mitte 2021 bis Ende 2023 eine anhaltende Phase hoher Energiepreise. Die außergewöhnlich hohen Preise hatten und haben nach wie vor schwerwiegende Auswirkungen auf die europäischen Privathaushalte, die Industrie, die Wirtschaft insgesamt und die öffentlichen Finanzen. In diesem Bericht soll die Entwicklung der Energiepreise untersucht und ein klares Verständnis ihrer Auswirkungen auf die Energiekosten für die Industrie und die Privathaushalte in der EU, auf die Energieeinfuhren der EU und die Energiesteuern vermittelt werden.

Die Europäische Union hat im Rahmen des europäischen Grünen Deals einen ambitionierten energiepolitischen Rahmen geschaffen, der in Reaktion auf vergangene Krisen und anhaltende Herausforderungen weiter gestärkt werden muss. Darüber hinaus erfordert das geökonomische Umfeld konkrete Maßnahmen, um sowohl für Unternehmen als auch für die Bürgerinnen und Bürger wettbewerbsfähige und erschwingliche Energie sicherzustellen und gleichzeitig für kontinuierliche Fortschritte hin zur Dekarbonisierung zu sorgen. Mit dem Deal für eine saubere Industrie und dem Aktionsplan für erschwingliche Energie soll diesen Herausforderungen Rechnung getragen werden.

Dieser Bericht bietet einen umfassenden Überblick über die Entwicklung der Energiepreise und -kosten in der Europäischen Union von 2010 bis 2023 sowie ggf. zusätzliche Daten für das erste Halbjahr 2024<sup>1</sup>. Aufbauend auf dem in früheren Ausgaben<sup>2</sup> angewandten Ansatz stützt sich der Bericht auf Daten und Analysen aus einer eingehenden Studie<sup>3</sup> und auf die eigene Arbeit der Kommission. Dabei wird öffentlich zugänglichen statistischen Quellen Vorrang eingeräumt, die durch gezielte Datenerhebungen ergänzt werden.

Die **Großhandelspreise haben sich** seit der Energiekrise von 2021-2023 sowohl auf den Strom- als auch auf den Gasmärkten **stabilisiert**, wenn auch auf einem Niveau über ihren historischen Durchschnittswerten<sup>4</sup>. Andererseits hat sich **der Rückgang der Großhandelspreise noch nicht in niedrigeren Energiepreisen für die Endkunden niedergeschlagen**, die für Privathaushalte und Unternehmen immer noch höher sind als vor 2021, insbesondere aufgrund der zeitlichen Verzögerung bei der Preistransmission zwischen den beiden Marktsegmenten. Die Gaspreise für Privathaushalte waren 2023 fast doppelt so hoch wie vor der Krise. Ebenso sind die industriellen Gas- und Strompreise zwar niedriger als während der Krise, liegen aber immer noch zwei- bis viermal so hoch wie bei den wichtigsten Handelspartnern der EU, was die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie gefährdet. Insbesondere in den energieintensiven Sektoren sind die steigenden Energiepreise ein entscheidender Faktor für ihre Wettbewerbsfähigkeit.

Die EU ist von Einfuhren abhängig, um mehr als 90 % ihres Öl- und Gasverbrauchs decken

---

<sup>1</sup> Je nach Verfügbarkeit wurden einige Vergleichswerte im September 2024 aktualisiert, um den neuesten verfügbaren Daten Rechnung zu tragen.

<sup>2</sup> COM(2016) 769 final, COM(2019) 1 final, COM(2020) 951 final und COM(2024) 136 final.

<sup>3</sup> Die Studie wird vom Amt für Veröffentlichungen veröffentlicht.

<sup>4</sup> Nominal sind die Energiepreise höher als vor der Krise, aber real (inflationsbereinigt durch Preisindizes) sinken sie deutlich in Richtung des Niveaus der realen Preise vor der Krise.

zu können. Abgesehen von Erwägungen der Energieversorgungssicherheit stellen die **Kosten für die Einfuhr fossiler Energie**, die 2023 bei 427 Mrd. EUR (2,5 % des BIP der EU) lagen, eine erhebliche Belastung für die europäische Wirtschaft dar. Rohöl hat nach wie vor den größten Anteil an den Einfuhren (56 % der Gesamtkosten), gefolgt von Erdgas und Kohle. Trotz eines deutlichen Rückgangs der Preise für diese Rohstoffe lagen die Kosten der Einfuhren im Jahr 2023 immer noch 45 % über dem Durchschnitt des Zeitraums 2014-2020. Im REPowerEU-Plan 2022 wurden Maßnahmen vorgeschlagen, mit denen die Energieversorgungssicherheit erhöht, der Einsatz erneuerbarer Energien beschleunigt, die Nachfrage gesenkt und die Energieeffizienz gesteigert werden sollen, um in Zukunft ein flexibleres, kosteneffizienteres und widerstandsfähigeres europäisches Energiesystem zu erreichen.

Schließlich wirkte sich die Energiekrise auch auf die **Steuerpolitik im Energiebereich** aus. Die Energiesteuereinnahmen gingen zurück, da viele Mitgliedstaaten begleitend zu anderen Maßnahmen die höheren Energiekosten der Privathaushalte und der Industrie ausglich.

## 2. ENTWICKLUNG DER ENERGIEPREISE

### 2.1. Strompreise

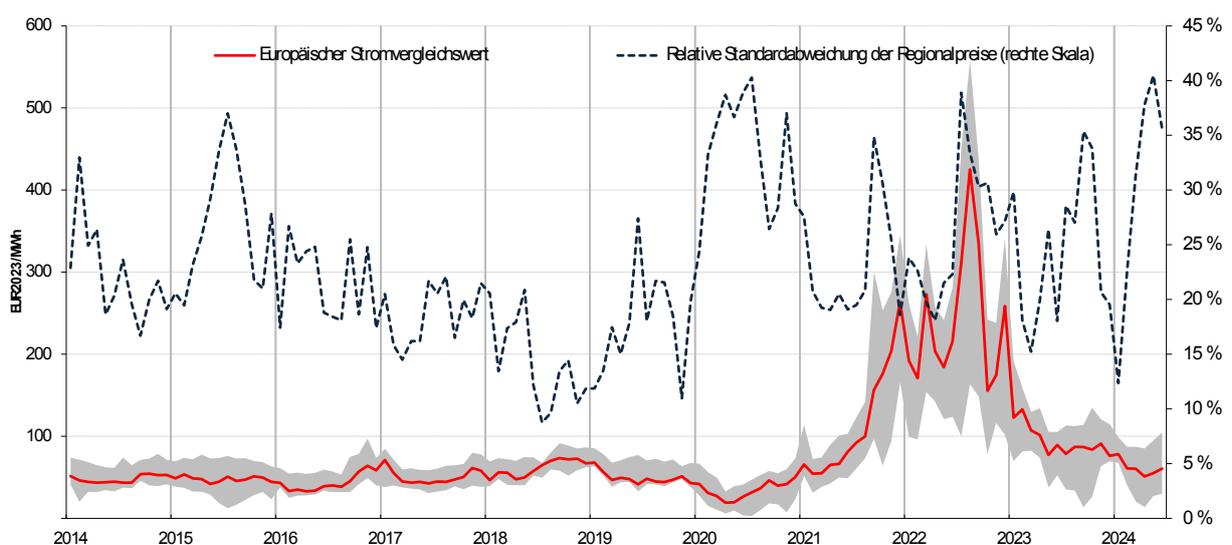
Von 2015 bis 2019 schwankten die europäischen **Großhandelspreise für Strom** zwischen 40 und 60 EUR/MWh. Die **Spotpreise** waren bis Ende 2018 relativ stabil und gingen 2019 aufgrund der schwachen Nachfrage, der niedrigeren Brennstoffkosten und der gestiegenen Erzeugung aus erneuerbaren Quellen zurück. 2020 führte COVID-19 zu einem weiteren erheblichen Rückgang der Stromnachfrage, der zusammen mit der zunehmenden Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien die Großhandelspreise auf ein außergewöhnlich niedriges Niveau (17 EUR/MWh im Mai 2020) gedrückt hat und immer häufiger negative Tagespreise verursachte.

Die Energiekrise im Zeitraum 2021-2022 führte zu weitreichenden Störungen auf den weltweiten und europäischen Energiemärkten. Dies wirkte sich auch auf die Großhandelspreise für Strom in der EU aus, da höhere Gaspreise (siehe Kapitel 2.2 zu Gas) die Strompreise auf 150 bis 270 EUR/MWh (Abbildung 1) nach oben<sup>5</sup> trieben. Zusätzlich zu dem enormen Anstieg der Gaspreise, die höhere Strompreise nach sich zogen, führte ein niedriges oder variables Niveau der Wasserkraft und der Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen sowie Stromausfälle (infolge von Instandhaltungsarbeiten) dazu, dass die Strompreise 2022 auf ein Rekordhoch getrieben wurden (400 EUR/MWh im August 2022).

Seit Ende 2022 stabilisierten sich die Großhandelspreise für Strom jedoch an den Day-Ahead-Märkten auf einem niedrigeren Niveau, wenn auch auf einem Niveau, das über ihren historischen Durchschnittswerten lag (durchschnittlich 85 EUR<sub>2023</sub>/MWh im vierten Quartal 2023 gegenüber 56 EUR<sub>2023</sub>/MWh im Zeitraum 2008-2020). Auch die Preise an den Terminmärkten haben sich 2023 über ihrem historischen Durchschnitt stabilisiert.

**Abbildung 1: Entwicklung der durchschnittlichen monatlichen Day-Ahead-Großhandelspreise für den Grundlaststrom in Europa in EUR/MWh mit Angabe des europäischen Stromvergleichswertes und der Spanne zwischen Mindest- und Höchstpreisen in den wichtigsten EU-Märkten**

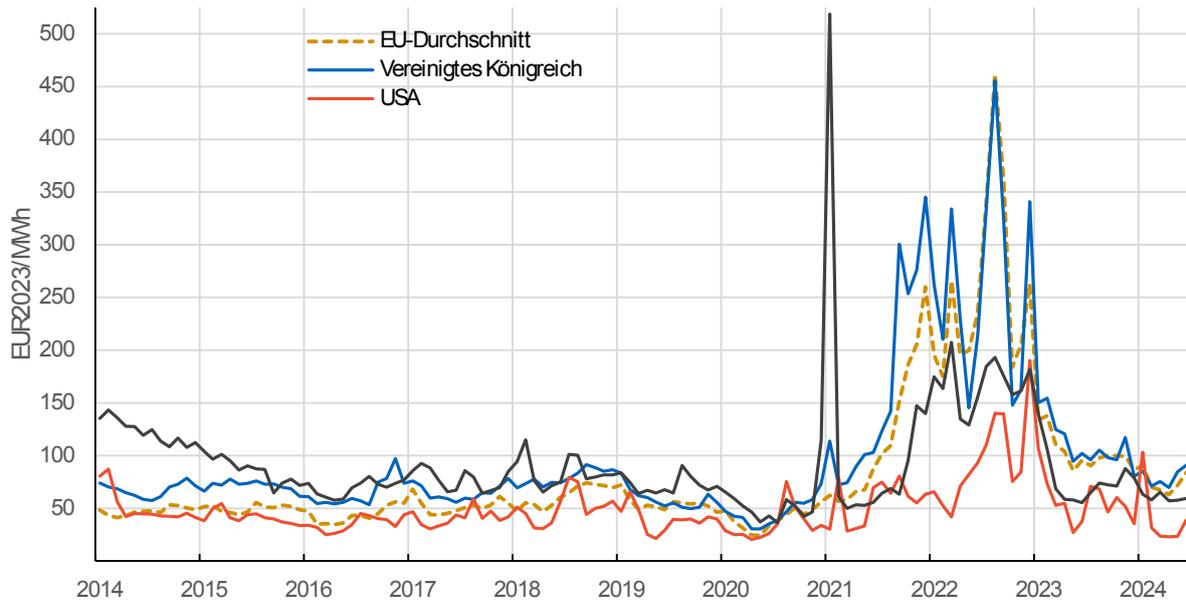
Quelle: Trinomics u. a. (2024), auf der Grundlage von Daten von S&P Platts, ENTSO-E



<sup>5</sup> In Europa sind Gaskraftwerke häufig die marginale Technologie, die die Großhandelspreise für Strom bestimmt.

In den zehn Jahren vor der Energiekrise waren die Großhandelspreise für Strom in der EU niedriger als oder vergleichbar mit denen in Japan und dem Vereinigten Königreich (Abbildung 2), aber etwas höher als die US-Preise. Die Energiekrise führte zu einer Preiskonvergenz zwischen Europa und Asien. Gleichzeitig blieben die Preise in den USA aufgrund der günstigen inländischen Gasversorgung vergleichsweise niedrig, wodurch sich die Kluft zwischen den Großhandelspreisen für Strom in Europa und den USA weiter vergrößerte<sup>6</sup>.

Abbildung 2: Vergleich der durchschnittlichen monatlichen Day-Ahead-Großhandelspreise für Strom in der EU mit dem Welthandel (EUR2023/MWh)

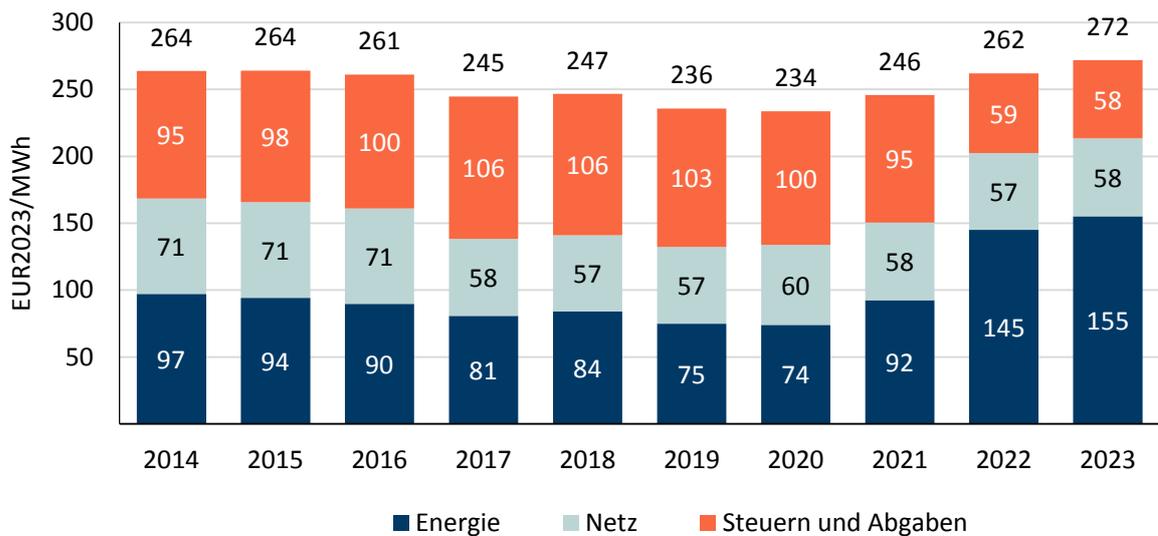


Quelle: Trinomics u. a. (2024), auf der Grundlage von Daten von S&P Platts, ENTSO-E, JEPX, EIA.

Auch die **Endkundenpreise für Strom** sind in den Jahren 2022 und 2023 gestiegen und folgten damit den Großhandelspreisen, deren Anstieg trotz der zunehmenden Nutzung dynamischer Preisverträge mit einer zeitlichen Verzögerung an die Verbraucher weitergegeben wurde. Im Durchschnitt stieg der *Energieanteil* an den Endkundenpreisen für Privathaushalte in diesem Zeitraum erheblich an, während der Anteil der *Steuern und Abgaben* aufgrund befristeter Ausgleichsmaßnahmen der nationalen Behörden in der gesamten EU-27 (Abbildung 3) zurückging.

<sup>6</sup> Für China liegen nach 2020 keine Daten vor.

Abbildung 3: Entwicklung und Zusammensetzung des Strompreises für Privathaushalte in der EU (ohne MwSt)



Quelle: Trinomics u. a. (2024), auf der Grundlage von Daten von Eurostat (nrg\_pc\_204\_c), VaasaETT.

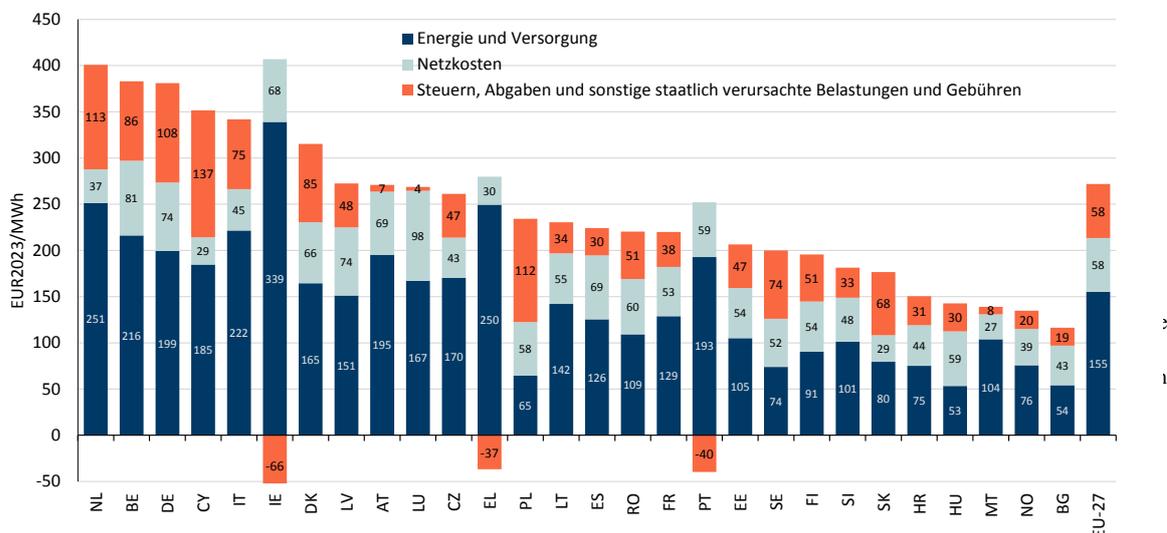
Konkret stieg der durchschnittliche Endkundenpreis der Privathaushalte für Strom in der EU-27 von 2020 bis 2022 um 12 % auf 262 EUR<sub>2023</sub>/MWh<sup>7</sup>. Im Jahr 2023 stiegen die Preise um weitere 4 % auf 272 EUR<sub>2023</sub>/MWh. Während der Krise erreichten die Endkundenpreise für Strom in Belgien, Dänemark, Deutschland, Italien, den Niederlanden und Österreich einen Höchststand von über 500 EUR/MWh.

Bei den Endkundenpreisen für Privathaushalte ist die Situation von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat sehr unterschiedlich, was zum Teil auf die vor Kurzem eingeführten Eingriffe in den Endkundenmärkten zurückzuführen ist<sup>8</sup> (Abbildung 4). Viele Länder gewährten im Jahr 2023 vorübergehend direkte Beihilfen oder senkten ihre Steuern, um die Auswirkungen der Preissteigerungen abzufedern, und einige Mitgliedstaaten erhoben sehr niedrige oder sogar negative Steuern auf Strom für Privathaushalte, darunter Irland (Beihilfe von 66 EUR/MWh), Portugal (Beihilfe von 40 EUR/MWh) und Griechenland (Beihilfe von 37 EUR/MWh)<sup>9</sup>.

Ähnlich wie in den Vorjahren bestehen zwischen den Mitgliedstaaten erhebliche Unterschiede bei den Strompreisen für Privathaushalte. Im Jahr 2023 wurde der höchste durchschnittliche Endkundenmarktpreis in der EU mit 383 EUR<sub>2023</sub>/MWh in Belgien verzeichnet, während er in Bulgarien mit 116 EUR<sub>2023</sub>/MWh am niedrigsten war.

Abbildung 4: Strompreise für Privathaushalte in den EU-Mitgliedstaaten<sup>10</sup> (2023, Verbrauchergruppe DD)

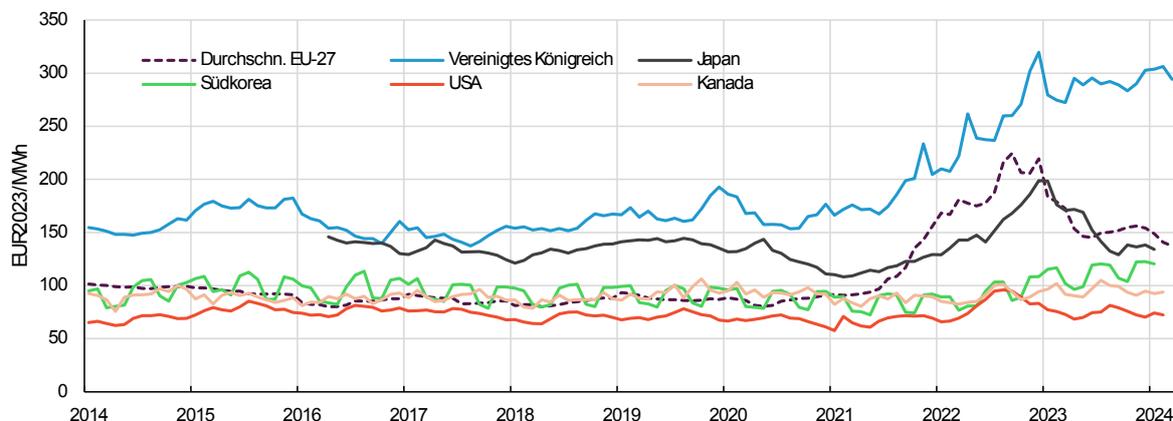
Quelle: Trinomics u. a. (2024), auf der Grundlage von Daten von Eurostat (nrg\_pc\_204\_c), VaasaETT.



Die **Industriestrompreise** nahmen einem ähnlichen Verlauf wie die Privathaushaltspreise, die von 132 EUR/MWh im Jahr 2020 auf 238 EUR/MWh im zweiten Halbjahr 2022 (80,3 %) stiegen und im ersten Halbjahr 2023 einen Höchststand von 241 EUR/MWh erreichten, bevor sie in der zweiten Hälfte des Jahres 2023 wieder zurückgingen und im ersten Halbjahr 2024 bei 197 EUR/MWh lagen. Doch gegenüber den Preisen für Privathaushalte werden die Industriestrompreise stärker vom Großhandelsmarkt bestimmt, da sie in höherem Maße von der Energiepreiskomponente betroffen sind. Dem massiven Anstieg des Anteils der Energiepreiskomponente wurde durch Steuer- und Abgabensenkungen nur teilweise entgegengewirkt. Im Jahr 2023 machte die Energiepreiskomponente 63 % der Gesamtstromkosten mittlerer industrieller Stromverbraucher (in der Verbrauchergruppe ID<sup>11</sup>) aus, während der Anteil der Netzentgelte auf 12 % der Kosten (von etwa 30 % im Jahr 2018 und davor) gesunken ist und Steuern und Abgaben lediglich 25 % der Gesamtkosten ausmachten.

Im **internationalen Vergleich** stiegen die Strompreise während der Energiekrise in allen großen Volkswirtschaften mit Ausnahme der USA (**Error! Reference source not found.**) erheblich an. Die Strompreise, mit denen die EU-Industrie konfrontiert war, waren 2023 mit denen Japans vergleichbar, wohingegen die EU-Industrie vor der Energiekrise einen Wettbewerbsvorteil hatte. Die Strompreise des Vereinigten Königreichs verharrten 2023 auf einem sehr hohen Niveau, während die Preise in den USA relativ stabil waren und sich weiterhin in der Nähe ihrer historischen Niveaus bewegten.

Abbildung 5: Industriestrompreise in der EU-27, den USA, dem Vereinigten Königreich, Japan, Kanada und Südkorea (EUR2023/MWh)



Quelle: Trinomics u. a. (2024), S&P Platts, Eurostat, Enerdata EnerMonthly.

## 2.2. Gaspreise

Die **Großhandelspreise für Gas** schwankten im Zeitraum von 2015 bis 2020 an den Gashandelsplätzen der EU zwischen 5 und 30 EUR/MWh und gingen dann im Jahr 2020 zurück, als ein relativ milder Winter und die COVID-19-Lockdowns die Gaspreise von Mai bis Juli 2020 auf unter 5 EUR/MWh sinken ließen. Durch die zunehmende Nachfrage in der Erholungsphase nach der COVID-19-Krise stiegen die Gaspreise ab Mitte 2021 an, und bis Dezember 2021 trieben die angespannten europäischen Gasmärkte die Großhandelspreise auf 113 EUR/MWh. Die russische Invasion der Ukraine, der Einsatz der russischen Gasausfuhren

<sup>11</sup> Die Verbrauchergruppe ID (Eurostat) ist für mittlere stromverbrauchende Industrieunternehmen repräsentativ; in diese Gruppe fallen durchschnittlich 24 % des gesamten Stromverbrauchs der Nichthaushaltskunden in den EU-Mitgliedstaaten.

als Waffe und die daraus resultierende Unsicherheit im Hinblick auf die Gaslieferungen führten zu anhaltend hohen Spotpreisen, die von Juni bis Dezember 2022 über 100 EUR<sub>2023</sub>/MWh<sup>12</sup> lagen, während der Anteil von russischem Pipeline-Gas an den europäischen Einfuhren von 51 % im Jahr 2021 auf 15 % im Jahr 2023 zurückging. Der Gesamtanteil der russischen Gaseinfuhren fiel von 45 % auf 15 %, und der Anteil von russischem LNG an den LNG-Einfuhren der EU ging von 20 % im selben Zeitraum 2021-2023 auf 15 % zurück. Trotz geringerer Nachfrage stiegen die Preise weiter an, und am 26. August 2022 wurde beim Spotpreis ein historischer Höchststand von 320 EUR<sub>2023</sub>/MWh erreicht.

Ab September 2022 sanken die Spotpreise für Gas von ihrem Höchststand im August 2022 schrittweise auf 42 EUR<sub>2023</sub>/MWh im April 2023. Das hatte mehrere Gründe: hohe Speichermengen, ein milder Winter und weniger Unsicherheit in Bezug auf die Versorgung mit russischem Pipeline-Gas (aufgrund der Bemühungen im Rahmen von REPowerEU, den Gasverbrauch in der EU zu begrenzen, aber auch Russlands Entschlossenheit, die Versorgung bestimmter EU-Mitgliedstaaten einzustellen) und positive Entwicklungen bei den LNG-Einfuhrkapazitäten. Bis Anfang 2024 entstand ein neues „Preisgleichgewicht“ in Höhe von rund 30-40 EUR<sub>2023</sub>/MWh (**Error! Reference source not found.**), in dem der schrittweise Ausstieg aus russischem Pipeline-Gas, die geringere Inlandsproduktion in der EU und die Verlagerung von der Versorgung über Pipelines auf Einfuhren von LNG (Flüssigerdgas) Niederschlag fanden.

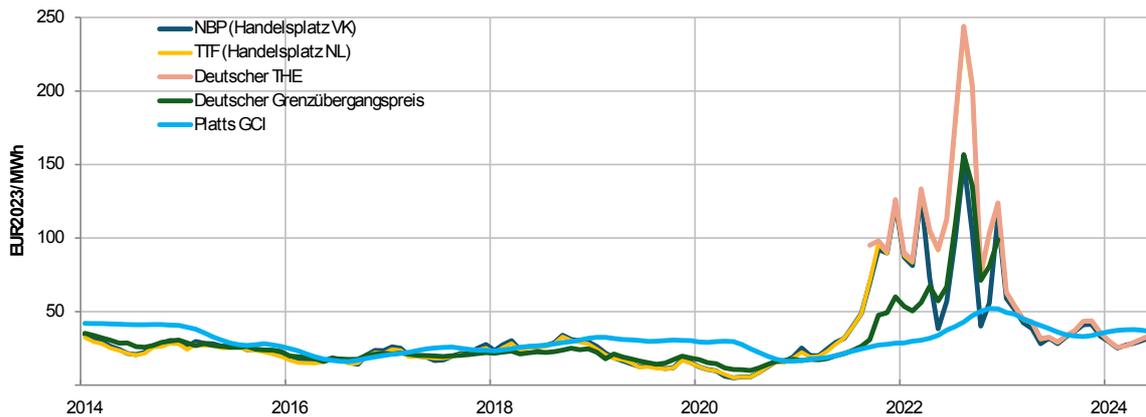
Regionale Unterschiede bei den Großhandelspreisen (z. B. zwischen den Handelsplätzen TTF, NBP und THE) sind weitgehend auf die Unterschiede bei den Marktmerkmalen in Bezug auf Pipelines, LNG-Ausfuhren und Verbindungskapazitäten mit benachbarten Regionen zurückzuführen. Im Allgemeinen weisen Märkte mit mehreren Einfuhrquellen (z. B. mehrere Gasrohrleitungen und Zugang zu LNG-Terminals) ein niedrigeres Preisniveau auf als Märkte mit nur einer Versorgungsquelle.

Die Großhandelspreise für Erdgas werden von einer Reihe von Faktoren beeinflusst, wie z. B. Temperatur (in Verbindung mit dem Heizbedarf), Umfang der industriellen Tätigkeiten, Verfügbarkeit von Strom aus erneuerbaren Quellen (hauptsächlich in Verbindung mit der Nachfrage nach Stromerzeugung aus Gas), Füllstand der Gasspeicheranlagen und Einspeicherungsraten bei der Befüllung von Speicheranlagen, Pipelines und LNG-Einfuhren. Einer der wichtigsten Faktoren, die die Gaspreise in jüngster Zeit bestimmten, war die Verlagerung der Gaseinfuhren von Pipeline-Gas auf LNG-Einfuhren, durch die die europäischen Gasmärkte abhängiger von den weltweiten LNG-Märkten wurden, was wiederum eine höhere Preisvolatilität verursachte.

Abbildung 6: Ausgewählte Day-Ahead-Großhandelspreise für Gas an europäischen Gashandelsplätzen

---

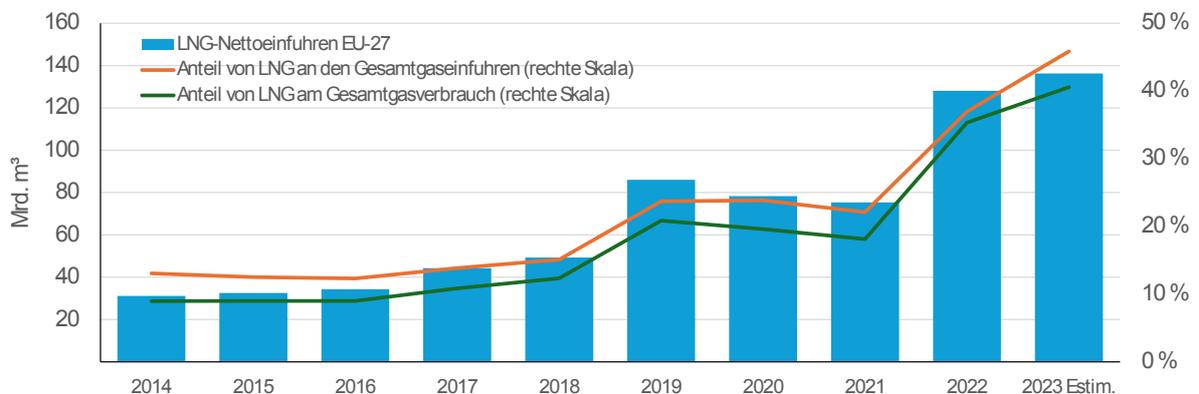
<sup>12</sup> EUR<sub>2023</sub> bedeutet in EUR von 2023 (reale Euro).



Quelle: Trinomics u. a. (2024), auf der Grundlage von Daten von P Platts, Enerdata EnerMonthly.

LNG kam nur vor 2021 eine ausgleichende Rolle bei der Gasversorgung der EU zu, was teilweise mit den wettbewerbsfähigen Kosten von russischem Pipeline-Gas gegenüber LNG<sup>13</sup> und der reichlich verfügbaren europäischen Versorgung aus den Niederlanden (bis 2023) in Verbindung gebracht werden kann. Um russisches Pipeline-Gas zu ersetzen, erhöhte Europa die LNG-Einfuhren, insbesondere aus den USA (Abbildung 6), deren Anteil von 27 % im Jahr 2021 auf 43 % im Jahr 2023 stieg, und von anderen weltweiten Anbietern wie Katar, das die LNG-Ausfuhren in die EU im Jahr 2022 um 22 % und im Jahr 2023 um 12 % steigerte. Im selben Zeitraum 2021-2023 ging der Anteil der russischen LNG-Ausfuhren von 20 % auf 15 % zurück, während sich die gesamten LNG-Einfuhren der EU fast verdoppelten und die Menge an russischem LNG um 32 % stieg. Hinzu kommen verstärkte Pipeline-Einfuhren aus Norwegen, Algerien und Aserbaidschan. Während die Einfuhren von russischem Pipeline-Gaseinfuhren enorm zurückgingen, verdoppelte sich der Anteil von LNG an den Gesamteinfuhren zwischen 2021 und 2023 (von 15-20 % auf 35-40 %).

Abbildung 6: LNG-Einfuhren und ihr Anteil an den Gesamteinfuhren und am Gesamtgasverbrauch der EU-27



Quelle: Trinomics u. a. (2024), auf der Grundlage von Daten von ENTSOG, Eurostat.

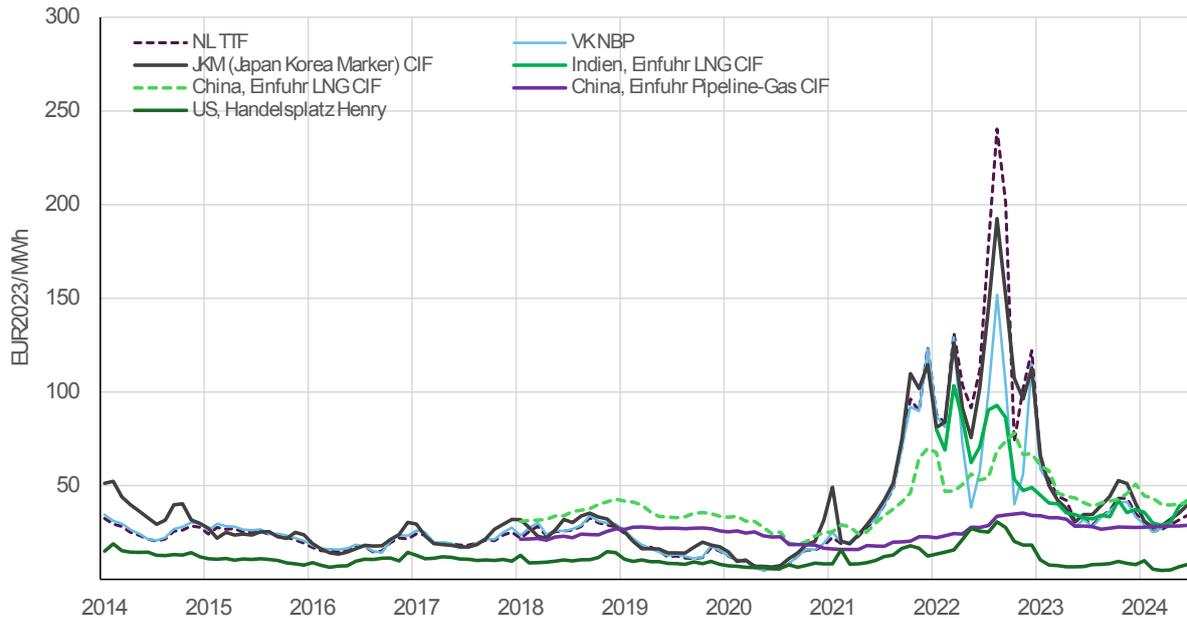
Diese Verlagerung der europäischen Gasversorgung wirkte sich wiederum auf die weltweiten

<sup>13</sup> [Baker Institute for Public Policy. \(2023\). Why is Europe not replacing Russian pipeline gas with long-term LNG contracts?](#)

LNG-Märkte aus, **da Europa in den Jahren 2022 und 2023 zum größten LNG-Importeur wurde und Japan, China und Südkorea überholte.** Die zusätzliche Nachfrage in der EU hat die weltweiten LNG-Preise in die Höhe getrieben und eine beträchtliche Menge an LNG-Lieferungen, die zuvor bevorzugt in asiatische Märkte gingen, nach Europa umgeleitet.

Ein **Vergleich der internationalen Großhandelspreise für Erdgas** zeigt diese Auswirkungen deutlich: Mit Ausnahme der USA verzeichneten sowohl die EU als auch die großen LNG-Einfuhrländer (Japan, Südkorea, China und Indien) Preisspitzen (Abbildung 7), während sich die Preise in den USA im selben Zeitraum nicht stark veränderten.

Abbildung 7: Day-Ahead-Großhandelspreise für Gas in der EU (NL TTF) und ihren wichtigsten Handelspartnerländern<sup>14</sup>



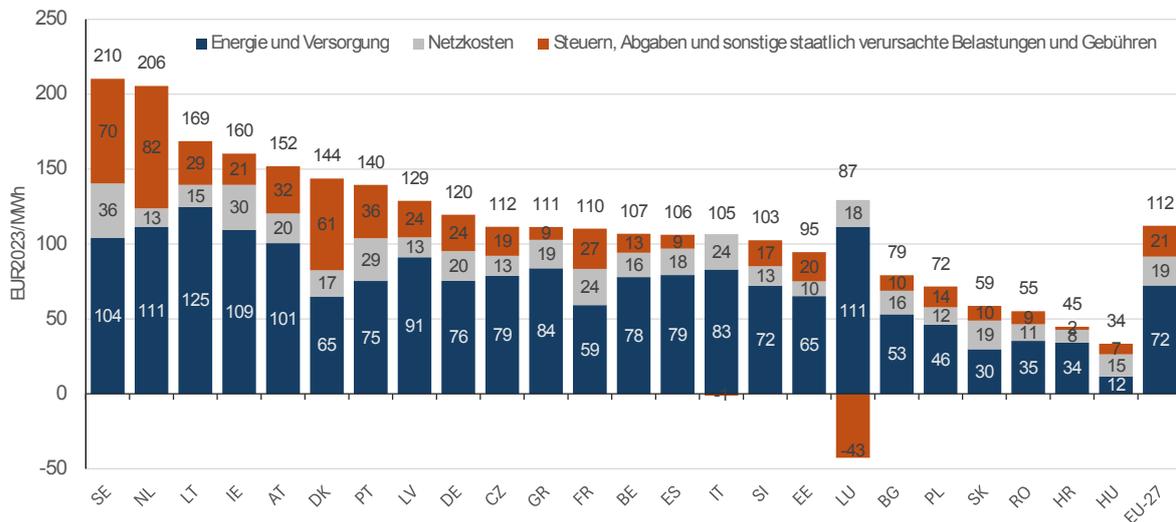
Quelle: Trinomics u. a., auf der Grundlage von Daten von S&P Platts

Die **Gaspreise für Endkunden** (Abbildung 8) werden hauptsächlich von den Großhandelspreisen für Gas bestimmt, jedoch schlugen sich die Veränderungen während der Jahre 2021 und 2022 in den einzelnen Mitgliedstaaten auf unterschiedliche Weise (hinsichtlich der Größenordnung und Geschwindigkeit der Weiterreichung) nieder. Dies war vor allem auf Unterschiede in der Art und dem Umfang der nationalen Maßnahmen zur Krisenbewältigung zurückzuführen, aber auch auf die unterschiedlichen Vertragslaufzeiten in den Mitgliedstaaten und die unterschiedlichen Gasbeschaffungsstrategien der Stromeinzelhändler (langfristige Verträge, Preisabsicherung).

Abbildung 8: Durchschnittliche Gaspreise für Privathaushalte in den EU-Mitgliedstaaten<sup>15</sup> im Jahr 2023 in der Verbrauchergruppe D2

<sup>14</sup> Für Japan/Korea, Indien und China werden als Ersatzgrößen die CIF-Preise für LNG herangezogen. Alle Preise sind in EUR<sub>2023</sub> angegeben.

<sup>15</sup> Eurostat meldet für Zypern, Finnland und Malta keine Endkundenpreise für Gas.



Quelle: Trinomics u. a. (2024), auf der Grundlagen von Daten von VaasaETT, Eurostat.

Parallel zu dem starken Anstieg der Großhandelspreise für Gas in den Jahren 2021 und 2022 begannen die *durchschnittlichen Preise für Privathaushalte* von ihrem Niveau von 70-80 EUR<sub>2023</sub>/MWh im Jahr 2021 bis August 2022 auf 125 EUR<sub>2023</sub>/MWh<sup>16</sup> zu steigen. Die Preise für Privathaushalte waren vom dritten Quartal 2022 bis zum zweiten Quartal 2023 mit 112 EUR<sub>2023</sub>/MWh am höchsten; danach gingen sie zurück und stabilisierten sich in allen Mitgliedstaaten auf einem Niveau, das fast doppelt so hoch war wie vor der Krise (100 EUR<sub>2023</sub>/MWh statt ~60 EUR<sub>2023</sub>/MWh).

Aufgrund der unterschiedlichen Merkmale des Endkundenmarkts, der nationalen Krisenmaßnahmen und ihrer Auswirkungen auf die Weiterreichungsquote bestehen zwischen den Mitgliedstaaten erhebliche Unterschiede bei den Gaspreisen für Privathaushalte: 2023 wurden die höchsten Preise in Schweden und den Niederlanden (~210 EUR<sub>2023</sub>/MWh) und die niedrigsten in der Slowakei, Rumänien, Kroatien und Ungarn (alle unter 60 EUR<sub>2023</sub>/MWh) beobachtet.

Die relativen Anteile der Energiekosten, der Netzentgelte sowie der Steuern und Abgaben an den Gaspreisen für Privathaushalte haben sich erheblich geändert. Der Energiekostenanteil (Großhandelspreis plus Aufschlag) machte 2020 43 % des Endkundenpreises aus, erreichte 2023 jedoch 64 %. Im selben Zeitraum ging der Anteil der Netzentgeltkomponente von 24 % auf 17 % zurück, während der Anteil der Steuern und Abgaben von 33 % auf 19 % sank, was hauptsächlich auf staatliche Eingriffe (niedrigere Steuersätze oder Erstattungen) in die Endkundenpreise zurückzuführen war.

Die **Gaspreise für Industriekunden** in der EU sind während der Energiekrise erheblich gestiegen: Die Preise für mittlere industrielle Gasverbraucher (Verbrauchergruppe I3<sup>17</sup>) haben sich von 40 EUR<sub>2023</sub>/MWh im Jahr 2021 auf 76 EUR<sub>2023</sub>/MWh im Jahr 2023 fast verdoppelt. Für die größten industriellen Gasverbraucher (Verbrauchergruppe I5<sup>18</sup>) stiegen die Preise von 39 EUR<sub>2023</sub>/MWh im Jahr 2021 auf 87 EUR<sub>2023</sub>/MWh im Jahr 2022 sprunghaft an und sanken dann auf 59 EUR<sub>2023</sub>/MWh im Jahr 2023. Ein erheblicher Anstieg der Gaspreise führte insbesondere für energieintensive Unternehmen zu einem starken Anstieg der Energiekosten.

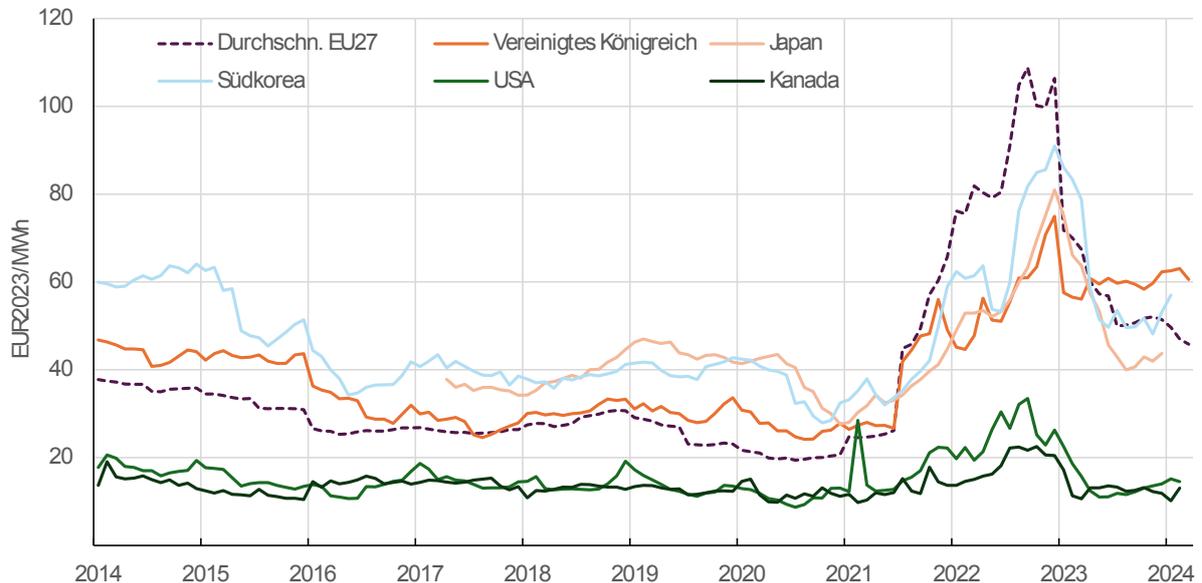
<sup>16</sup> EUR<sub>2023</sub> bedeutet in EUR von 2023 (reale Euro).

<sup>17</sup> Die Verbrauchergruppe I3 (Eurostat) bezieht sich auf KMU und mittlere Unternehmen mit einem Verbrauch zwischen 10 000 GJ und 99 999 GJ.

<sup>18</sup> Die Verbrauchergruppe I5 (Eurostat) ist repräsentativ für Großunternehmen mit einem Verbrauch zwischen 1 000 000 GJ und 3 999 999 GJ.

Das höhere Gaspreisniveau verringerte die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie, insbesondere in energieintensiven Sektoren, im Vergleich zu Wettbewerbern wie den USA und China, wo die Preise nach wie vor deutlich niedriger sind (Abbildung 9).

Abbildung 9: Erdgaspreise für industrielle Endverbraucher (Verbrauchergruppe I5) in der EU und ihren wichtigsten Handelspartnerländern



Quelle: Trinomics u. a. (2024), auf der Grundlage von Daten von Eurostat, Enerdata EnerMonthly.

### 2.3. Öl und Kohle

In den letzten Jahren kam es auch zu erneuten Schwankungen der **Rohölpreise**, die im April 2020 aufgrund einer deutlich geringeren Nachfrage und eines übermäßigen Angebots in den ersten Monaten der COVID-19-Lockdowns auf weniger als 20 USD/Barrel (Dated Brent) sanken. Parallel zur wirtschaftlichen Erholung und zur Lockerung der COVID-19-Reisebeschränkungen begannen die Rohölpreise zu steigen, wobei sie im März 2022 mit 130 USD/Barrel ihren Höchststand erreichten. Obwohl die OPEC+-Produktion zurückging und geopolitische Spannungen und Konflikte im Nahen und Mittleren Osten herrschten, sind die Preise seitdem auf zwischen 70 und 80 USD/Barrel (Abbildung 10) gesunken, was vor allem auf die gestiegene Produktion in den USA und einen relativ niedrigen Verbrauch in Asien zurückzuführen ist.

Abbildung 10: Daily Europe Brent Spot Price FOB (USD und EUR pro Barrel, Nominalpreise)

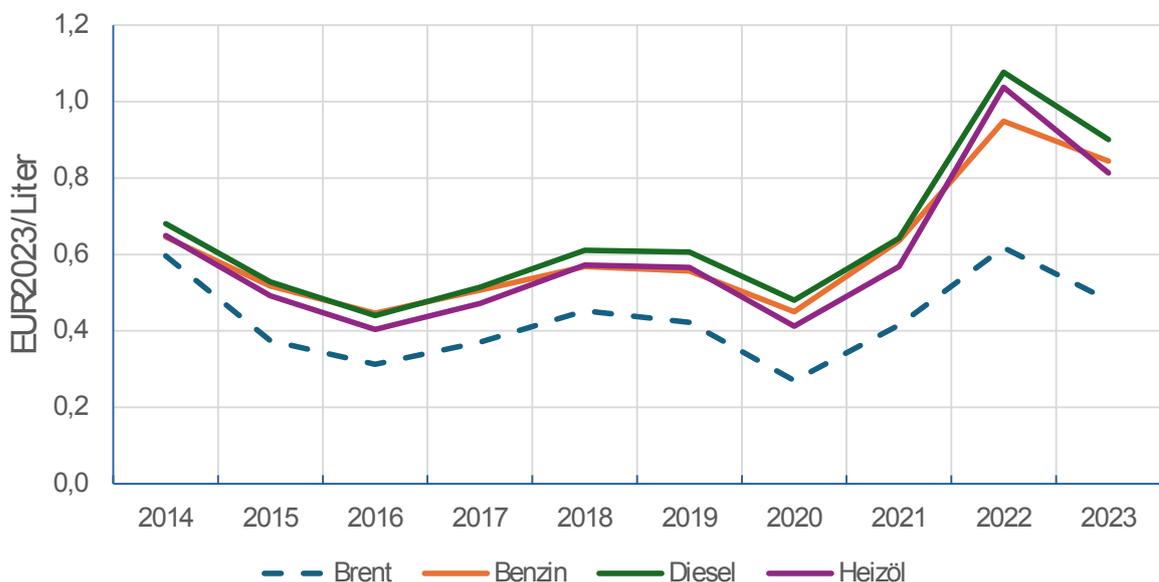


Quelle: GD ENER ENERScope auf der Grundlage der Datenbank der Energiemarktbeobachtungsstelle.

Die Brent-Preise lagen 2023 bei durchschnittlich 82 USD/Barrel, und von der IEA wurde das Jahr als „stabiles Jahr nach drei turbulenten Jahren“ eingestuft. Die Erdölversorgung blieb hoch und wird voraussichtlich hoch bleiben, da in Ländern außerhalb der OPEC Kapazitätssteigerungen geplant sind. Auf der Nachfrageseite führten weitere weltweite Emissionssenkungen, verstärkte Aufmerksamkeit für die Energieversorgungssicherheit und eine gedämpfte Nachfrage vonseiten der Industrie in Verbindung mit dem Übergang zu erneuerbaren Energien in verschiedenen Wirtschaftszweigen zu einem Abwärtsdruck auf die Ölpreise, der noch 2024 zu spüren war.

Die Endkundenpreise für **Brennstoffe** auf Erdölbasis (Abbildung 11) folgten dem Trend der Rohölpreise und gingen nach dem Herbst 2022 deutlich zurück. Bei Diesel und Heizöl kam es vor allem aufgrund weltweit begrenzter Raffineriekapazitäten zu einem stärkeren Preisanstieg.

Abbildung 11: Durchschnittlicher jährlicher Endkundenpreis für Erdölzeugnisse in der EU-27 in EUR2023/Liter, ohne Steuern und Zölle



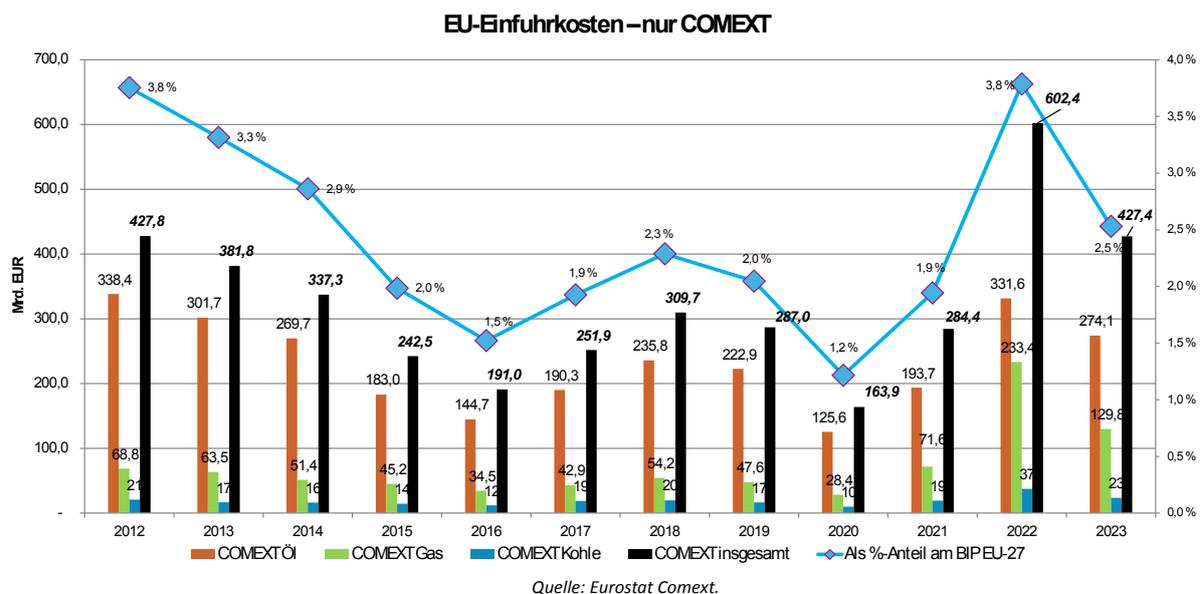
### 3. ENTWICKLUNG DER ENERGIEKOSTEN

#### 3.1. Kosten der Energieeinfuhren in die EU

Die EU ist Nettoimporteur von Energie und war von Einfuhren abhängig, um im Jahr 2022 63 % ihres Energieverbrauchs decken zu können. Die Kosten der Energieeinfuhren der EU hängen von der Menge der Brennstoffe, den Preisen für diese Brennstoffe (steigend aufgrund der Weltmärkte) und dem EUR/USD-Wechselkurs ab. Im Jahr 2022 beliefen sich die Kosten der Energieeinfuhren auf schätzungsweise 600 Mrd. EUR (3,8 % des BIP der EU-27). Zu dem Anstieg trugen sowohl die Öl- als auch die Gaspreise bei (Abbildung 12).

Nach dem Preisrückgang gingen die Kosten der Energieeinfuhren 2023 auf schätzungsweise 427 Mrd. EUR (2,5 % des BIP der EU) zurück, was hauptsächlich auf niedrigere Erdgas- und LNG-Preise zurückzuführen ist. Dennoch sind die Kosten der Energieeinfuhren immer noch deutlich höher als zuvor, und der dramatische Anstieg im Zeitraum 2021-2022 zeigt, wie stark die Preise für fossile Brennstoffe die EU-Wirtschaft belasten.

Abbildung 12: Geschätzte Kosten der Energieeinfuhren in die EU 2014-2024 (Mrd. EUR; % des BIP der EU)



Anders ausgedrückt: Wäre die Umstellung auf saubere Energie vor der Krise forciert worden, hätte die EU weniger fossile Brennstoffe im Energiemix eingesetzt (2022 immer noch 69 %), und die Auswirkungen der schwankenden Preise für fossile Brennstoffe auf die europäischen Energiepreise hätte deutlich geringer sein können.

#### 3.2. Energieausgaben der Privathaushalte

Die Energieausgaben der europäischen Privathaushalte (bestimmt anhand der Endkundenpreise und des Verbrauchs der Privathaushalte) gingen von 2012 bis Mitte 2021, als der Trend durch die Energiekrise umgekehrt wurde, für alle Einkommensschichten zurück.

Im Jahr 2020 gaben europäische Privathaushalte<sup>19</sup> mit niedrigem Einkommen durchschnittlich 7,3 % ihres Gesamtbudgets für Energie aus, ein Wert, der bis 2022<sup>20</sup> auf 7,5 % (1 250 EUR) stieg, wobei zwischen den Mitgliedstaaten erhebliche Unterschiede bestehen. Privathaushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen haben tendenziell höhere absolute Energieausgaben, jedoch machen diese Ausgaben einen geringeren Anteil ihres Haushaltsbudgets aus. 2022 gaben diese Privathaushalte 6,9 % bzw. 6,4 % ihres Gesamtbudgets für Energie aus (gegenüber 7,6 % und 6,9 % im Jahr 2010).

Steigende Energiepreise, insbesondere in der zweiten Jahreshälfte 2021 und im Laufe des Jahres 2022, führten für die europäischen Privathaushalte zu höheren Energieausgaben als üblich, wobei immer mehr Privathaushalte Schwierigkeiten haben, ihren Energiebedarf zu finanzieren. Der Anstieg der Energiekosten im Jahr 2022 wirkte sich unverhältnismäßig stark auf die schutzbedürftigsten Haushalte aus. In allen Mitgliedstaaten waren schätzungsweise 10 % der Privathaushalte nicht in der Lage, ihre Wohnung angemessen zu heizen, und waren mit der Bezahlung ihrer Rechnungen von Versorgungsunternehmen im Rückstand<sup>21</sup>.

Der Anstieg der Energiekosten war hauptsächlich auf die Preise für Erdgas, flüssige Brennstoffe und Strom zurückzuführen und konnte nicht durch Bemühungen der Privathaushalte um eine Senkung des Energieverbrauchs ausgeglichen werden. Nationale Maßnahmen zur Unterstützung der Energieausgaben der Privathaushalte trugen dazu bei, die Auswirkungen der Energiekrise abzufedern, aber sehr häufig waren diese Maßnahmen (z. B. eine Senkung der Mehrwertsteuersätze) nicht speziell auf die schutzbedürftigsten Haushalte ausgerichtet.

Die Situation der privaten Haushalte variierte in den Mitgliedstaaten erheblich, sowohl was die absoluten Ausgaben als auch was den Anteil an den Gesamtausgaben anbelangt.

- Relativ gesehen gaben die ärmsten Privathaushalte in der Slowakei mehr als 20 % und in Rumänien mehr als 15 % ihres Haushaltsbudgets für Energie aus; weniger als 5 % ihres Budgets gaben die entsprechenden Haushalte in Schweden, Malta, Finnland und Luxemburg aus.
- In absoluten Zahlen gaben die Haushalte mit niedrigem Einkommen in Lettland und Rumänien weniger als 500 EUR für Energieerzeugnisse aus, während die Ausgaben in Luxemburg mehr als 1 500 EUR und in Dänemark mehr als 3 000 EUR betragen.

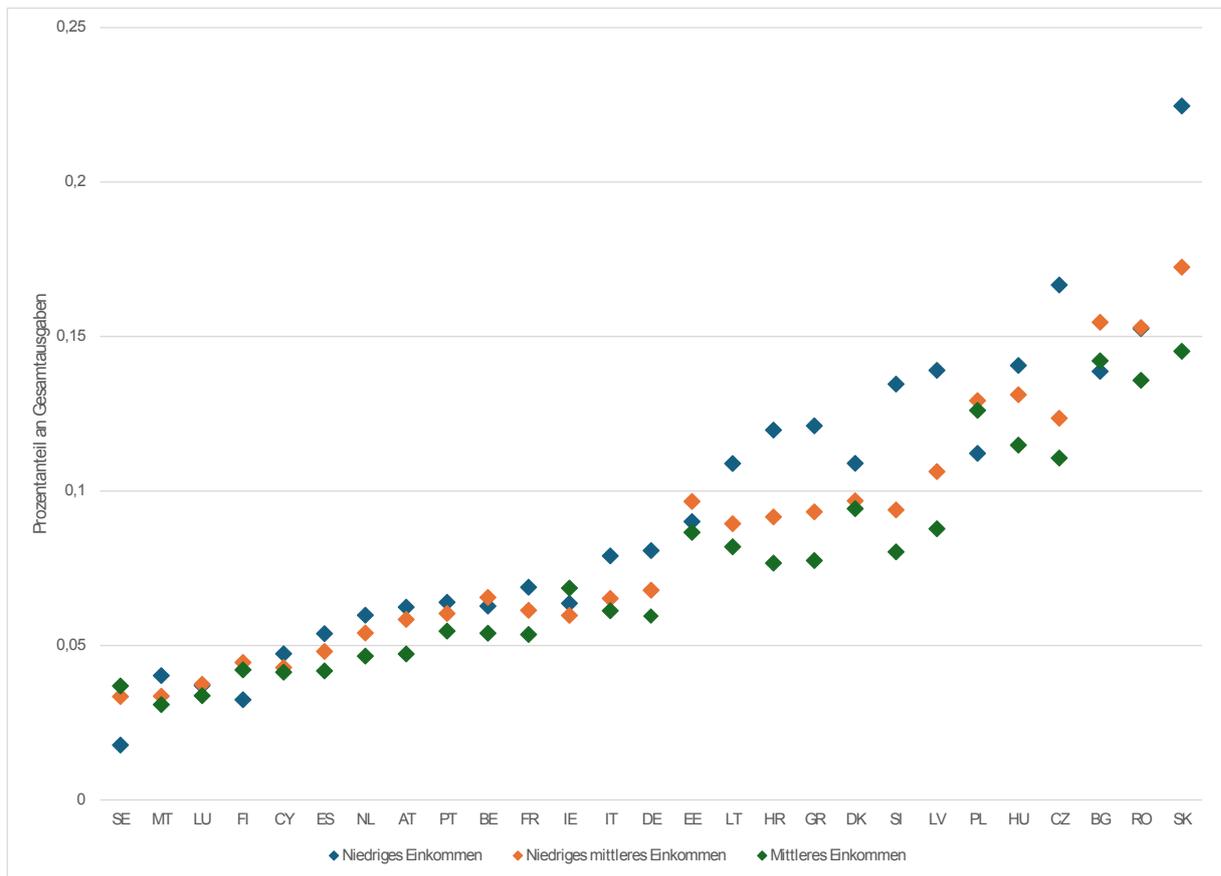
**Abbildung 13: Energieanteil an den Verbrauchsausgaben insgesamt nach Einkommensgruppen der Mitgliedstaaten in der EU-27**

---

<sup>19</sup> In diesem Bericht werden Privathaushalte im ersten Einkommensdezil als einkommensschwache Haushalte definiert, Privathaushalte mit niedrigem mittlerem Einkommen befinden sich im dritten Dezil, und das fünfte Einkommensdezil steht für Privathaushalte mit mittlerem Einkommen. Für die Mitgliedstaaten, in denen Daten nur in Abstufungen von 20 % verfügbar sind, werden das erste, das zweite und das dritte Einkommensquintil verwendet.

<sup>20</sup> Auf Grundlage aktueller Daten aus der Erhebung über die Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte.

<sup>21</sup> Quelle: EPAH (2024), außer für Rumänien und Kroatien (2022).



Quelle: Trinomics u. a. (2024), auf der Grundlage einer Ad-hoc-Datenerhebung über Konsumausgaben der Privathaushalte.

Was die Wahlmöglichkeiten der Verbraucher betrifft, so blieb Strom im Jahr 2023 der teuerste Energieträger (289 EUR/MWh) (Tabelle 1). Im Vergleich dazu waren sowohl Erdgas (bei 116 EUR/MWh) als auch Heizöl (116 EUR/MWh) billigere Optionen für die Raumheizung. Trotz der Kostendifferenz bei der Energiezufuhr sind Wärmepumpen im EU-Durchschnitt gegenüber Öl- und Gaskesseln im Hinblick auf die Betriebskosten konkurrenzfähig, da sie bei der Wärmeerzeugung weitaus effizienter sind. Ebenso nutzen Elektrofahrzeuge die Energiezufuhr viel effizienter und bieten insbesondere bei dynamischen Strompreisen bereits deutlich niedrigere Betriebskosten. Die anfänglichen Investitionskosten für Wärmepumpen und Elektrofahrzeuge könnten nach wie vor ein Risiko für deren breite Einführung darstellen. In der überarbeiteten Energiebesteuerungsrichtlinie werden deutlich niedrigere Mindeststeuersätze für elektrischen Strom<sup>22</sup> vorgeschlagen, damit die Mitgliedstaaten die Möglichkeit erhalten, die Stromsteuern (und -preise) zu senken und die Elektrifizierung in den Bereichen Heizung und Verkehr zu unterstützen. Die Mitgliedstaaten werden auch die Möglichkeit haben, Privathaushalte von der Stromsteuer zu befreien und so die Elektrifizierung weiter zu unterstützen.

<sup>22</sup> 1 EUR/MWh für die nicht gewerbliche Nutzung, in der vorgeschlagenen Überarbeitung der Richtlinie durch einen Mindestsatz von 0,15 EUR/GJ bzw. 0,54 EUR/MWh sowohl für die gewerbliche als auch die nicht gewerbliche Nutzung ersetzt.

**Tabelle 1: Vergleich verschiedener Energieoptionen für Privathaushalte in der EU pro MWh**

Verbraucher­kategorie	Strom		Erdgas		Benzin		Diesel		Heizöl	
	Household (DC)		Household (D2)							
Anteil	Preis 2023 pro MWh	Anteil 2023								
Nettopreis für Energie/Gas/Kraftstoffe	133,5	46%	62,6	54%	92,4	47%	87,9	53%	80,0	70%
Netz	59,6	21%	16,6	14%						
Steuern	95,4	33%	36,2	31%	103,6	53%	78,1	47%	34,6	30%
Insgesamt	288,5		115,6		196,0	100%	166,0	100%	114,6	100%

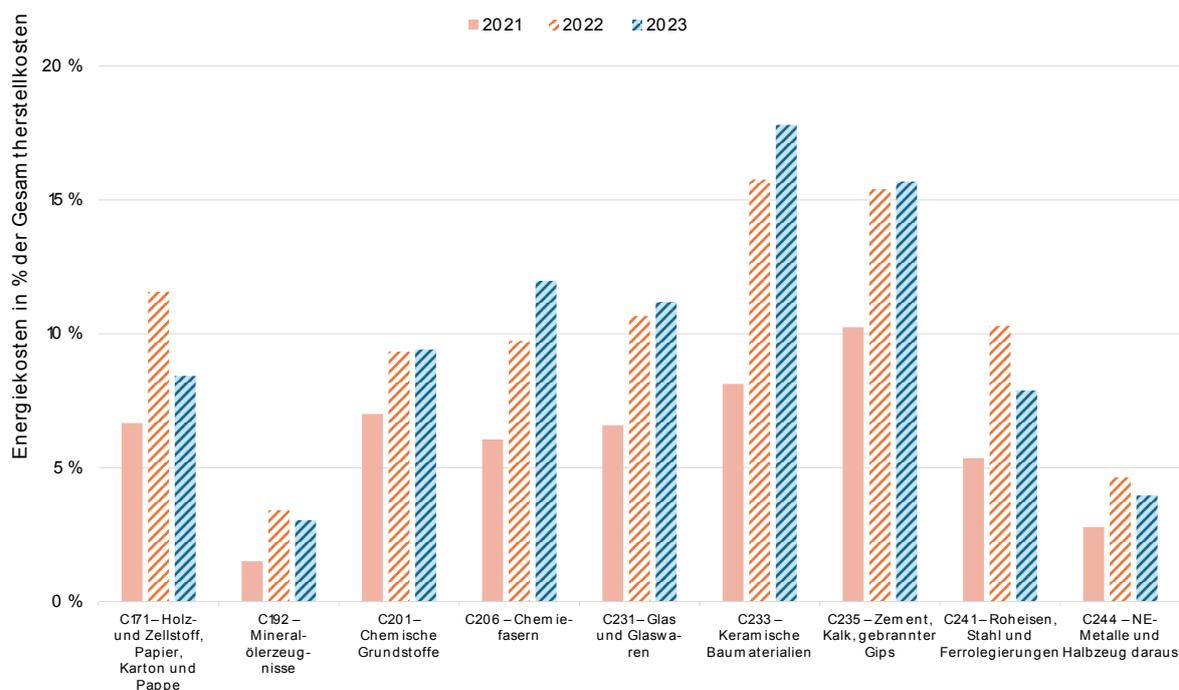
Quelle: Eurostat; für Strom NRG\_PC\_204 und NRG\_PC\_204\_C, Daten für das erste Halbjahr; für Gas NRG\_PC\_202 und NRG\_PC\_202\_C, Daten für das erste Halbjahr des Weekly Oil Bulletin der GD ENER (für Ölerzeugnisse), Daten für 2023. Die Umrechnung von Benzin in MWh erfolgte mit einem Faktor von 1 000 l = 8,9 MWh. Die Umrechnung von Dieselmotorkraftstoff und Heizöl in MWh erfolgte mit einem Faktor von 1 000 l = 10 MWh.

### 3.3. Energiekosten für die Industrie

Energie ist für die Wirtschaftstätigkeit von entscheidender Bedeutung, und den Energiekosten kommt eine wichtige Rolle für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu. Auch wenn die Strom- und Erdgaspreise gegenüber dem Niveau von 2022 zurückgingen, lagen die Energiekosten für die EU-Industrie im Jahr 2023 immer noch deutlich über dem Niveau vor der COVID-19-Pandemie und vor der Krise. Der höchste Anteil an Energiekosten (Strom- und Erdgaskosten zusammengenommen) wurde in stromintensiven Sektoren wie *Primäraluminium* (38 %) und *Ferrolegerungen und Silizium* (29 %) verzeichnet. Es folgen die Sektoren *Flachglas* (25 %) und *Bergbau* (20 %), die beide einen relativ hohen Gas- und Stromkostenanteil aufweisen.

Bei den durchschnittlichen europäischen Unternehmen liegen die Energiekosten zwischen 1 und 3 % der Gesamtherstellkosten. In energieintensiven Sektoren (wie *Holz- und Zellstoff, Papier, Karton und Pappe, Chemische Grundstoffe, Chemiefasern, Glas, Keramische Baumaterialien, Zement, Kalk, gebrannter Gips* sowie *Roheisen, Stahl und Ferrolegerungen*) belaufen sich die Energiekosten auf 5-10 % der Gesamtherstellkosten, wodurch sie gegenüber Preiserhöhungen und Einfuhrwettbewerb besonders anfällig sind (Abbildung 14).

**Abbildung 14: Geschätzte Energiekosten (als Anteil an den Herstellkosten) für das verarbeitende Gewerbe im Zeitraum 2021-2023, EU-Durchschnitt**



Quelle: Trinomics u. a. (2024), auf der Grundlage von Daten von Industrieanlagenbetreibern.

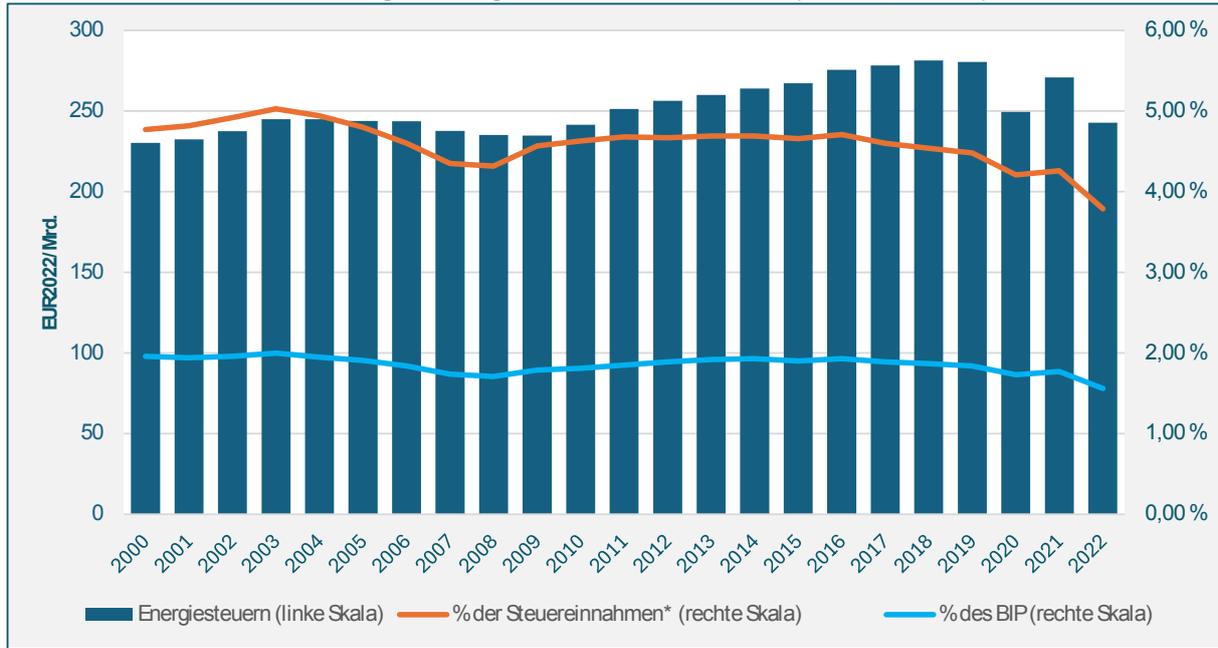
In den meisten Sektoren sind die Anteile der Energiekosten in den Jahren 2022 und 2023 im Vergleich zu 2021 gestiegen. Dies ist vor allem in den energieintensiven Sektoren zu beobachten (z. B. *Holz- und Zellstoff, Papier, Karton und Pappe, Chemiefasern, Glas, Keramische Baumaterialien, Zement, Kalk, gebrannter Gips, Roheisen, Stahl und Ferrolegierungen* sowie *Nichteisenmetalle*).

Aus internationaler Sicht waren im verarbeitenden Gewerbe in einigen G20-Ländern, die nicht zur EU gehören, oft niedrigere Energiekosten zu verzeichnen, und zwar aufgrund: i) des Zugangs zu relativ reichhaltigeren heimischen Energiequellen, ii) Unterschieden bei den nationalen Strategien, insbesondere mit Blick auf Energiesubventionen und staatliche Unterstützungsmaßnahmen. Die Energieintensitäten der Wirtschaftszweige der EU sind in der Regel vergleichbar oder niedriger als in den wichtigsten Handelspartnerländern der EU (mit Ausnahme von *Holz- und Zellstoff, Papier, Karton und Pappe* und *Mineralölzeugnissen*); die Rentabilität des verarbeitenden Gewerbes ist jedoch, zum Teil aufgrund der höheren Energiepreise, in der EU tendenziell niedriger.

### 3.4. Energiebesteuerung

Energiesteuern – sowohl auf die Erzeugung als auch auf den Verbrauch von Energie – bringen den Haushalten der Mitgliedstaaten erhebliche Einnahmen. Die Energiesteuereinnahmen waren 2010-2019 mit durchschnittlich 1,88 % des BIP (Abbildung 15) stabil, gingen aber während der COVID-19-Pandemie (2020) aufgrund niedrigerer Energiepreise und eines geringeren Verbrauchs auf 1,74 % des BIP zurück. Im Jahr 2021 begannen die Energiesteuereinnahmen zu steigen, doch bis 2022 gingen die in der EU erhobenen Energiesteuern vor allem aufgrund der Maßnahmen zur Bekämpfung des Energiepreisanstiegs auf 248 Mrd. EUR (1,6 % des BIP) zurück.

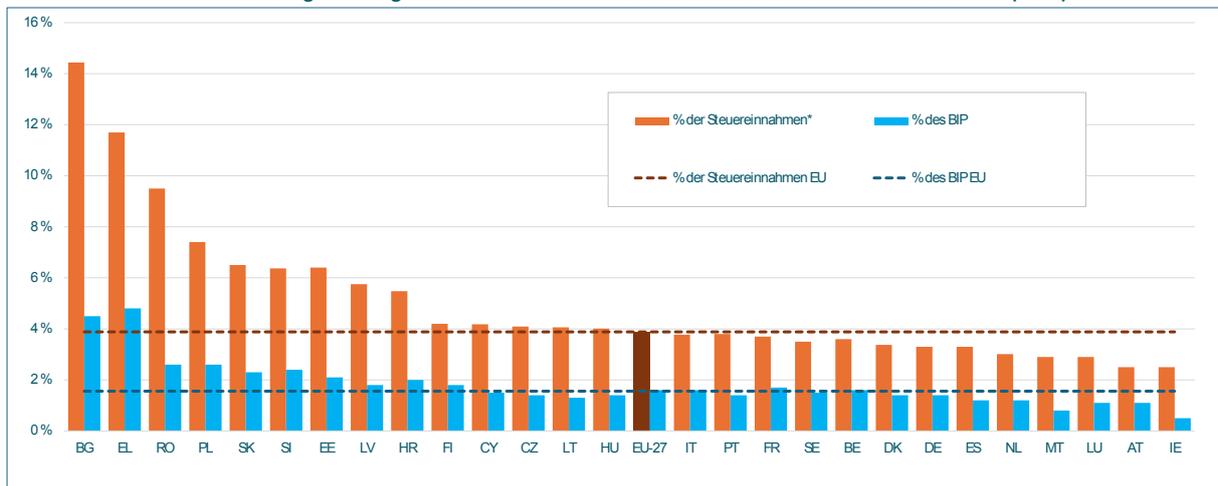
Abbildung 1516: Energiesteuereinnahmen in der EU-27 (Mrd. EUR, % des BIP)



Quelle: Trinomics u. a. (2024), auf der Grundlage von Daten von Eurostat (env\_ac\_tax)

Die Rolle der Energiesteuern bei den Staatseinnahmen ist von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat sehr unterschiedlich. 2022 machten die Energiesteuern in Bulgarien 14 % des gesamten Steueraufkommens aus, während dieser Anteil in Österreich und Irland nur 2,5 % betrug (Abbildung 17). Im Vergleich zum nationalen BIP waren die Energiesteuereinnahmen in Griechenland am höchsten (4,8 %) und in Irland am niedrigsten (0,5 %). Im Allgemeinen ist der Anteil der Energiesteuern in Mitgliedstaaten mit einem niedrigeren Pro-Kopf-BIP bezogen auf die Gesamtsteuereinnahmen und das BIP höher.

Abbildung 17: Energiesteuereinnahmen in Prozent des Steueraufkommens und des BIP<sup>23</sup> (2021)



Quelle: Trinomics u. a. (2024), auf der Grundlage von Daten von Eurostat (env\_ac\_tax)

<sup>23</sup> Die jüngsten verfügbaren Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2020.

#### 4. SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die EU reagierte mit Einigkeit, Solidarität und Entschlossenheit, um die potenziell verheerende Energiekrise von 2021-2022 zu überwinden. Die Mitgliedstaaten einigten sich auf Maßnahmen zur Bekämpfung überhöhter Gaspreise, zur Beschleunigung des Ausbaus erschwinglicher sauberer Energie und zur Planung von Solidaritätsmaßnahmen im Falle eines Gasnotstands, die alle zur Stabilisierung der EU-Märkte beigetragen haben. Gleichzeitig haben die Mitgliedstaaten mehrere Maßnahmen getroffen, um ihre Privathaushalte und Wirtschaftszweige vor den Folgen der hohen und schwankenden Energiepreise zu schützen.

Die Energiepolitik hat sich als entscheidend erwiesen, um den Übergang zu CO<sub>2</sub>-freien Energiesystemen voranzutreiben und gleichzeitig die Energieversorgungssicherheit und Erschwinglichkeit der Energie zu wahren. Sie ist auch ein Eckpfeiler der Bemühungen der EU, ihre Wirtschaft zu dekarbonisieren und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie und einen gerechten Übergang für alle sicherzustellen. In den letzten Jahren ist die EU ihrer Verpflichtungen nachgekommen und hat entschlossene Maßnahmen getroffen, um für ihre Sicherheit und die Fortschritte bei der Energiewende Sorge zu tragen. Sie hat geschlossen gehandelt, um vor dem Hintergrund der rasanten Entwicklungen der geopolitischen Gegebenheiten die Ziele des REPowerEU-Plans im Hinblick auf den Aufbau eines sichereren und dekarbonisierten Energiesystems für alle Europäerinnen und Europäer voranzubringen.

Auch wenn die Großhandelspreise für Strom und Gas seit Ende 2022 erheblich gesunken sind, liegen sie nach wie vor höher als vor der Krise. Ihre Auswirkungen auf die Energiekosten, insbesondere für schutzbedürftige Privathaushalte und Unternehmen<sup>24</sup> sind nach wie vor beträchtlich. Der Anstieg der Energiekosten führte insbesondere für einkommensschwache Haushalte zu höheren Energieausgaben. Ebenso kam der zuvor beobachtete Rückgang der Energiekostenanteile in energieintensiven Industriezweigen zum Stillstand. Die Umkehrung führte zu erheblichen Herausforderungen für die meisten energieintensiven Industriesektoren, die zum Teil durch ihre Bemühungen zur Verbesserung der Energieeffizienz und durch öffentliche Unterstützung abgefedert wurden. Die Auswirkungen auf die gesamte EU-Wirtschaft waren ebenfalls beträchtlich, wobei die Kosten der Einfuhren fossiler Brennstoffe in die EU vor allem aufgrund der steigenden Gas- und Ölpreise erheblich gestiegen sind.

Die Krise von 2021/2022 hat bereits zu langfristigen Veränderungen im Energiesystem der EU geführt, angefangen bei LNG, das nunmehr einen wesentlich höheren Anteil bei den Gaseinfuhren hat (~40 %) und russisches Pipeline-Gas ersetzt. Die beschleunigte Energiewende wird bereits in diesem Jahrzehnt schrittweise weitere Veränderungen im Hinblick auf das Angebot und die Nachfrage im Energiebereich mit sich bringen und dazu beitragen, dass die EU ein größeres Maß an Unabhängigkeit von Einfuhren fossiler Brennstoffe erreicht und letztlich die Energiekosten der EU sinken.

Die Aussichten für den Energiemarkt haben sich für 2024-2025 verbessert, doch ist die Lage nach wie vor angespannt. Die von den Mitgliedstaaten und der Kommission zur Bekämpfung

---

<sup>24</sup> Die Auswirkungen auf KMU sind dem Bericht des Netzwerks der KMU-Beauftragten zu entnehmen: [SMEs and rising energy prices – First findings & recommendations](#).

der Energiekrise<sup>25</sup> ergriffenen Maßnahmen haben wesentlich zur Verbesserung beigetragen. Die Auswirkungen der hohen Energiepreise auf die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Industrie stellen jedoch nach wie vor eine große Herausforderung dar. Die EU muss rasch auf die Vorschläge von Mario Draghi und Enrico Letta zur Stärkung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit reagieren. Darüber hinaus muss die EU weiterhin eine aktive Handelspolitik verfolgen, die zu einer stärkeren Diversifizierung der Versorgung und zur wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit beiträgt.

Insbesondere muss die EU die breite Einführung sauberer Technologien und Maßnahmen zur Energieeffizienz beschleunigen, um durch fossile Brennstoffe verursachte Krisen künftig zu vermeiden. Technologien wie Wärmepumpen und Elektrofahrzeuge werden zusammen mit Laststeuerung, Energiespeicherung sowie ausreichenden Verbundnetzen und ihrer effizienten Nutzung eine wichtige Rolle dabei spielen, Privathaushalte und Industrie vor weiteren Energieschocks zu schützen. Um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, müssen europäische Unternehmen, insbesondere in energieintensiven Wirtschaftszweigen, ihre Energieeffizienz weiter verbessern, ihre Flexibilität bei der Laststeuerung erhöhen und kohlenstofffreie Energietechnologien einführen, während die EU Maßnahmen ausarbeitet, mit denen sie durch kontinuierliche Investitionen in Forschung und Innovation vom Wandel sowie von der Neugestaltung der Strommärkte und von der Sicherstellung weltweit gleicher Wettbewerbsbedingungen profitieren können. Darüber hinaus sollte sich die EU weiterhin dafür einsetzen, die Energiearmut zu bekämpfen, schutzbedürftige Verbraucher zu schützen und die Verbraucher in die Lage zu versetzen, sich aktiv am grünen Wandel zu beteiligen, indem sie Maßnahmen zur Förderung der Energieeffizienz, von erneuerbaren Energiequellen und von erschwinglichen Optionen für saubere Energie trifft.

---

<sup>25</sup> Zu diesen Maßnahmen gehören Diversifizierung der Versorgung, Nachfragesenkung, Ausbau der LNG-Einfuhrkapazitäten, die Verpflichtung, die Gasspeicher im Voraus zu füllen, Lastbündelung und gemeinsame Beschaffung sowie Maßnahmen zur Bewältigung hoher Preise und hoher Volatilität (z. B. Marktkorrekturmechanismus, Intraday-Volatilitätsmechanismus).